

Kreistag des Landkreises Dahme-Spreewald



NIEDERSCHRIFT

der 4. Sitzung des Kreisausschusses am 10.12.2014 im Großen Sitzungssaal der Kreisverwaltung, Reutergasse 12, 15907 Lübben (Spreewald)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:35 Uhr

Teilnehmer:

Loge, Stephan	Landrat	
Dr. Deutschländer, Adolf	DIE LINKE.	anwesend ab 17:45 Uhr, TOP 2.7
Kleinwächter, Norbert	AfD	vertrat Strasen, Henry
Kolan, Lars	SPD/Grüne	
Dr. Kuttner, Michael	CDU/Bauern	
Luchmann, Wolfgang	SPD/Grüne	vertrat Wille, Martin
Ludwig, Stefan	DIE LINKE.	
Schulze, Olaf	CDU/Bauern	
Selbitz, Frank	UBL/Wir für KW	
Terno, Heiko	CDU/Bauern	
Treder-Schmidt, Lothar	SPD/Grüne	

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Binienda, Peer	stellv. Amtsleiter Rechtsamt
Brieger, Andrea	Sachbearbeiterin Büro Kreistag
Degenhardt, Marion	Dezernentin für kommunale Angelegenheiten und inneren Dienstbetrieb
Drillisch, Marcel	Amt für Jugend, Familie und Sport
Jobke, Antonia	Büro Landrat
Karnapke, Marlies	Schriftführerin
Klein, Stefan	Amtsleiter Kämmerei und Kreiskasse
Klinkmüller, Carl-Heinz	Erster Beigeordneter und Dezernent für Planung Bauwesen und Umwelt
Köhler, Carola	Bereichsleiterin wirtschaftliche Beteiligungen und Tourismus
Kunze, Ralf	Personalratsvorsitzender
Lehmann, Kerstin	Bereich wirtschaftliche Beteiligungen und Tourismus
Licht, Dietmar	Amtsleiter Zentrales Gebäude- und Immobilienmanagement (GIM)
Nagel, Alexander	Amtsleiter Am für Personal, Organisation und Service
Saß, Carsten	Beigeordneter und Dezernent für Bildung, Kultur, Jugend, Gesundheit und Soziales
Schaaf, Heidrun	Pressestelle
Schrager, Karin	Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt
Starke, Wolfgang	Beigeordneter und Dezernent für Finanzen, Wirtschaft sowie Öffentliche Sicherheit und Ordnung
Voigt, Elke	Gleichstellungsbeauftragte

Entschuldigt waren:

Strasen, Henry	AfD	wurde vertreten durch Kleinwächter, Norbert
Wille, Martin	SPD/Grüne	wurde vertreten durch Luchmann, Wolfgang

TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil:

1. Zur Geschäftsordnung

1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

1.2 zur Tagesordnung

1.3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

2. Vorberatung von Verwaltungsvorlagen und Anträgen für den Kreistag

2.1 Neuberufung eines Kreiswahlleiters und eines stellvertretenden Kreiswahlleiters für Kommunalwahlen für das Wahlgebiet des Landkreises Dahme-Spreewald 2014/121

2.2 Bereitstellung von Mitteln zur Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit des Kreistages durch den Vorsitzenden 2014/094-1

2.3 Petition zur Einrichtung eines Ausländerbeirates 2014/091-1

2.4 Benennung eines ehrenamtlichen Beauftragten für die Angelegenheiten der Sorben (Wenden) 2014/122

2.5 Verlängerung der Richtlinie des Landkreises Dahme-Spreewald zur Förderung der Gründung und Festigung von Kleinstunternehmen in den ersten drei Jahren ihres Bestehens im Landkreis Dahme-Spreewald (Kleinkreditprogramm für Existenzgründer) 2014/115

2.6 Satzung über die Erhebung von Gebühren für Leistungen im Rettungsdienst des Landkreises Dahme-Spreewald 2014/110

2.7 Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung hier: Teilhaushalt 13 -Hilfen zur Erziehung- 2014/112

2.8 Antrag zur teilweisen Übernahme der Fahrtkosten zur Oberschule Goyatz für Schüler aus dem Nachbarlandkreis (Antrag der Fraktion SPD/Grüne) 2014/119

2.9 Absicherung der Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern und Flüchtlingen 2014/120

2.10 Beschluss des geprüften Jahresabschlusses 2013 und Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2013 2014/109

2.11 Jugendförderplan des Landkreises Dahme-Spreewald für die Jahre 2015/2016 2014/114

2.12 Haushaltssatzung des Landkreises Dahme-Spreewald für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 (hier: Überarbeitung des Entwurfs) 2014/102-1

3. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

4. Genehmigung von Dienstreisen

5. Informationsvorlagen

- 5.1 Teilhaushaltsübergreifende Mehraufwandsdeckungen innerhalb eines Budgets sowie budgetübergreifende über- und außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen 2014/111

6. Informationen aus den Gesellschaften

- 6.1 Informationen aus den Gesellschaften, Verbänden und Vereinen des Landkreises Dahme-Spreewald 2014/123

7. Verschiedenes

II. Nichtöffentlicher Teil:

8. Zur Geschäftsordnung

- 8.1 zur Tagesordnung

- 8.2 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

9. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

10. Verschiedenes

Der Vorsitzende des Kreisausschusses, **Herr Loge**, eröffnet die 4. Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

I. Öffentlicher Teil

TOP 1. Zur Geschäftsordnung

TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Landrat Loge stellt fest, dass der Kreisausschuss form- und fristgerecht einberufen wurde. Von elf Kreisausschussmitgliedern sind zurzeit zehn anwesend. Damit ist der Kreisausschuss beschlussfähig.

TOP 1.2 zur Tagesordnung

Herr Schulze weist zur Vorlage 2014/119 *Antrag zur teilweisen Übernahme der Fahrtkosten zur Oberschule Goyatz für Schüler aus dem Nachbarlandkreis* (Tagesordnungspunkt 2.8) darauf hin, dass gemäß Entscheidung des Amtsausschusses keine Förderung durch das Amt erfolgt. Demzufolge wäre der Antrag eigentlich hinfällig. Es sei aber zu fragen, inwieweit in diesem Tagesordnungspunkt die Einrichtung einer Buslinie durch die Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH diskutiert werden könnte.

Herr Kolan erwidert namens der einreichenden Fraktion SPD/Grüne, dass das Thema unbedingt im Kreistag behandelt werden sollte. Dieser könnte sich dann für die Aufnahme eines

Linienverkehrs einsetzen. Zum Kreistag werde auch noch ein überarbeiteter Wortlaut übergeben.

Landrat Loge stellt fest, dass die Vorlage damit auf der Tagesordnung bleibt und empfiehlt, den Fraktionen die Änderung schon im Vorfeld der Sitzung zu übergeben.

Weitere Anregungen, Ergänzungen oder Hinweise zur Tagesordnung gibt es nicht. Die Abhandlung erfolgt in der vorliegenden Fassung.

TOP 1.3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

Landrat Loge erklärt, dass Herr Krause angemerkt hat, dass auf Seite 17 der Niederschrift vom 29.10.2014 der zweite Satz im vorletzten Absatz wie folgt zu ändern ist:

Die Vorlage „Petition zur Einrichtung eines Ausländerbeirates“ (Vorl.Nr. 2014/091) wurde im Kreisausschuss am 10.09.2014 beraten; mit der Absprache, die Vorlage im Kreistag ohne weitere Diskussion in den Fachausschuss zu verweisen.

Herr Selbitz zeigt unter Bezugnahme auf Tagesordnungspunkt 8 auf Seite 10 der Niederschrift an, dass er im Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ nach dem Stand der Überarbeitung bzw. Aktualisierung der Seniorenpolitischen Leitlinien fragen wird.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Unter Beachtung der Änderung von Herrn Krause gilt die Niederschrift vom 29.10.2014 als anerkannt.

TOP 2. Vorberatung von Verwaltungsvorlagen und Anträgen für den Kreistag

TOP 2.1 Neuberufung eines Kreiswahlleiters und eines stellvertretenden Kreiswahlleiters für Kommunalwahlen für das Wahlgebiet des Landkreises Dahme-Spreewald, Vorl.Nr. 2014/121

Es besteht kein Redebedarf.

Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -

TOP 2.2 Bereitstellung von Mitteln zur Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit des Kreistages durch den Vorsitzenden, Vorl.Nr. 2014/094-1

Herr Schulze möchte wissen, ob die Stellungnahme des Innenministeriums zur Einrichtung eines Verfügungsfonds für den Kreistagsvorsitzenden inzwischen vorliegt.

Frau Schragger antwortet, dass ihr eine E-Mail des Ministeriums vorliegt, in der die Einrichtung dieses Fonds ausgeschlossen wurde. Die Einrichtung eines Verfügungsfonds stelle eine Durchbrechung des Einzelveranschlagungsgrundsatzes dar und dafür bedürfe es einer Ermächtigungsgrundlage, die in diesem Fall nicht vorhanden war. Deshalb war der Verfügungsfonds nicht möglich. Aber diese Variante, wie sie jetzt hier aufgezeigt sei, wäre unbedenklich.

Landrat Loge geht davon aus, dass die Bemerkung des Rechnungsprüfungsamtes „keine Beanstandung“ auf der ersten Seite der Vorlage unter Maßgabe dieses Schreibens zu verstehen ist.

Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -

TOP 2.3 Petition zur Einrichtung eines Ausländerbeirates, Vorl.Nr. 2014/091-1

Landrat Loge führt aus, dass die Petition im Gesundheits- und Sozialausschuss beraten wurde. Auf Grund der dortigen Diskussion und der Stellungnahme der Ausländerbeauftragten Frau Voigt werde die Ablehnung der Petition empfohlen.

Der Ausschuss habe sich jedoch dafür ausgesprochen, in den Übergangwohnheimen Bewohnerbeiräte einzurichten. Deshalb wurden zwei Austauschseiten zur Vorlage übergeben.

Herr Treder-Schmidt begrüßt, dass nunmehr nachgebessert wurde und dem Petenten mitgeteilt werden kann, dass seine Bedenken erwogen und mit den Bewohnerbeiräten in den Übergangwohnheimen eine Lösung gefunden wurde.

Die ursprüngliche Vorlage mit der pauschalen Ablehnung hatte seiner Meinung nach zu kurz gegriffen, zumal aus den Stellungnahmen einiger Verbände auch erkennbar war, dass Gesprächs-, Beratungs- und Mitsprachebedarf vorhanden ist. Und zwar überall dort, wo Ausländern begegnet werde. Das sei im Landkreis Dahme-Spreewald im Wesentlichen im Bereich der Flüchtlings- und Asylbewerberheime.

Herr Selbitz schließt sich namens der Fraktion UBL/Wir für KW diesen Ausführungen an. Aus Sicht der Fraktion werde mit der Einrichtung von Bewohnerbeiräten der Intention des Petenten entsprochen.

Ein ausdrücklicher Dank gelte der Gleichstellungsbeauftragten für die Arbeit und die Einbeziehung aller betroffenen Vereine und Verbände.

**Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -**

TOP 2.4 Benennung eines ehrenamtlichen Beauftragten für die Angelegenheiten der Sorben (Wenden), Vorl.Nr. 2014/122

Landrat Loge weist darauf hin, dass eine Austauschvorlage auf den Tisch gelegt wurde.

Für **Herrn Treder-Schmidt** ist der ehrenamtliche Beauftragte für die Sorben/Wenden ein wichtiger Posten in der Region. Entsprechend sorgfältig müsse auch die Anhörung und Auswahl sein. Ihm sei allerdings zugetragen worden, dass die Anhörung pro Person im Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur ganze zwei Minuten umfasst habe. Es sei zu fragen, ob das stimmt.

Landrat Loge erwidert, dass seinem Wissen nach den beiden Bewerbern eine Redezeit von mindestens zehn Minuten angeboten wurde. Herr Freihoff habe seinen Vortrag in zwei Minuten absolvieren können, während Frau Christl etwas länger brauchte.

Die Amtsdirektoren und Bürgermeister der Ämter Lieberose/Oberspreewald und Unterspree-wald sowie der Stadt Lübben und der Gemeinde Märkische Heide wurden ebenfalls zur Ausschusssitzung eingeladen. Weiterhin war ein Vertreter des Domowina Regionalverbandes Niederlausitz e. V. zugegen.

In einem weiteren Gespräch Anfang Dezember haben die Bürgermeister und Amtsdirektoren dem Landrat gegenüber dargelegt, wen sie favorisieren.

Herr Saß bestätigt, dass eine Redezeit von mindestens zehn Minuten eingeräumt wurde.

Herr Treder-Schmidt betont, dass er den vorgeschlagenen Bewerber nicht kritisieren bzw. sich nicht einseitig positionieren wollte. Er wollte nur klargestellt haben, dass ein vernünftiger Zeitrahmen für die Vorstellung gewährt wurde.

Landrat Loge führt weiter aus, dass es z. B. in der Gemeinde Märkische Heide eine Initiative gab, den Siedlungsraum der Sorben/Wenden zu erweitern. Ob diese unter der neuen Bürger-

meisterin aufrechterhalten wird, wisse er im Moment jedoch nicht. In anderen Gebieten sei es dagegen umgekehrt. Diesbezüglich habe der zukünftige Beauftragte einen langwierigen Moderationsprozess vor sich. Einen Aufgabenkatalog gebe es für dieses Ehrenamt aber nicht.

Herr Selbitz erinnert, dass er im September eine Anfrage nach einem Aufgabenkatalog gestellt hatte. In der schriftlichen Antwort der Verwaltung stehe auch korrekt *„Die Beauftragte oder der Beauftragte für Angelegenheiten der Sorben/Wenden vertritt die Belange der Sorben und Wenden. Sie oder er ist Ansprechpartner für Sorben/Wenden und fördert ein gedeihliches Zusammenleben zwischen sorbisch/wendischer und nichtsorbisch/nichtwendischer Bevölkerung. So heißt es im Sorben/Wenden-Gesetz § 6 Absatz 2.“*

Diese Formulierung sei aber sehr allgemein gehalten. Und wer sich den Bericht des bisherigen Sorbenbeauftragten für das Jahr 2013 anschaut, stelle sich die Frage, wo er seine Schwerpunkte gesetzt hatte – im Erlernen der sorbischen Sprache, in der Organisation einzelner Veranstaltungen? Kontakte zu den Menschen herzustellen bzw. ihre Bedürfnisse zu vertreten, scheinen damit aber nicht abgedeckt zu sein.

Und aus diesem Grund fragte sicherlich auch der Regionalverband Niederlausitz der Domowina an, welche Aufgaben zu vertreten sind.

Es sei zu fragen: Liegt seitens der Domowina eine Aussage zum Vorschlag vor und wie lautet diese? Wenn nicht, werde gebeten, diese bis zum Kreistag einzuholen und den Abgeordneten zur Kenntnis zu geben.

Überdies hatten die Fraktionsvorsitzenden bzw. die politischen Leiter der Parteien im Landkreis vor der Kommunalwahl genau zu dieser Problematik ein Schreiben vom Domowina-Regionalverband erhalten, in dem gefordert wurde, Aussagen zu treffen, wie sie sich positionieren bzw. engagieren. Deshalb sei es erst recht gerechtfertigt, zu fragen, wo Herr Freihoff die Schwerpunkte seiner Arbeit in der Zusammenarbeit mit Menschen setzt, deren Volksgruppe er selbst nicht angehört. Außerdem müsse auch die Frage erlaubt sein, warum die Sorben/Wenden keinen eigenen Vertreter stellen. Es sei jetzt eine Person, der ohne Zweifel ein gewisses jahrelanges politisches Engagement zugeschrieben werden kann, die aber der Interessenvertreter für eine andere Gruppe sein soll. Das sei für ihn persönlich eine Diskrepanz. Auch deshalb sollte Herr Freihoff dem Kreistag seine Vorstellungen unterbreiten, wie nicht nur das Zusammenleben, sondern auch die Pflege und Weiterentwicklung der sorbisch/wendischen Sprache und Kultur positiv nach vorn gebracht werden kann.

Es wäre also begrüßenswert, wenn Herr Freihoff die Unterlagen, aus denen er im Ausschuss vorgetragen hat, auch dem Kreistag zur Kenntnis gibt. Vielleicht könnten diese ein erstes Arbeitspapier für das Jahr 2015 sein.

Herr Kolan hat sich ebenfalls die Frage gestellt, warum die Sorben/Wenden keinen eigenen Vertreter stellen. Seinem Wissen nach habe aber ein Vertreter der Domowina an der Sitzung des Fachausschusses teilgenommen.

Für **Herrn Selbitz** ist noch völlig offen, welche Position die Domowina bezieht. Unterstützt sie diese Kandidatur, wäre es eine klare Aussage, die die Entscheidung erleichtert.

Herr Kleinwächter erwidert, dass der Vertreter der Domowina im Fachausschuss ausgeführt hatte, dass beide Bewerber das vollste Vertrauen haben. Deswegen wurde in der weiteren Entscheidung so vorgegangen.

Herr Dr. Kuttner kann die Gedanken von Herrn Selbitz nachvollziehen. Das Problem sei aber, dass es nur zwei Bewerber gab. Wenn nur zwei Bewerbungen vorliegen, könne sich der Landrat eben nur auf diese stützen. Insofern sei es gut, dass beide Personen den Rückhalt der Domowina haben.

Er persönlich hätte es ebenfalls begrüßt, wenn sich Sorben/Wenden beworben hätten.

Landrat Loge würde die Aufgaben des Beauftragten für die Angelegenheiten der Sorben/Wenden nach wie vor nicht in den engen Rahmen eines Aufgabenkataloges zwingen wollen. Es gebe wechselnde Aufgabeninhalte wie z. B. auch bei der Gleichstellungsbeauftrag-

ten, die neben ihrer hauptamtlichen Tätigkeit noch weitere Funktionen wahrnimmt. So war es auch bei Herrn Schirmer.

Seiner persönlichen Auffassung nach sei die Kultur- und Traditionspflege der Sorben/Wenden in der Region dank der ehrenamtlichen Tätigkeit vieler fleißiger Menschen recht gut abgedeckt. In der politischen Einflussnahme gebe es aber möglicherweise Defizite. Deswegen habe er sich letztendlich entschlossen, Herrn Freihoff vorzuschlagen.

Herr Treder-Schmidt schließt sich dieser Auffassung an. Der kulturelle Bereich könne noch anderweitig abgedeckt werden, während in der Einflussnahme im politischen Raum vielleicht Defizite vorhanden sind. Das habe der Ausschuss vermutlich genauso gesehen und der höheren Kompetenz von Herrn Freihoff vertraut.

Landrat Loge erklärt, dass **Herr Saß** nach einem entsprechenden Telefonat soeben noch einmal bestätigt habe, dass sich die Domowina im Fachausschuss für keine Person positionierte. Der anwesende Vertreter habe sich auch nicht gegen den Vorschlag ausgesprochen.

Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -

TOP 2.5 Verlängerung der Richtlinie des Landkreises Dahme-Spreewald zur Förderung der Gründung und Festigung von Kleinstunternehmen in den ersten drei Jahren ihres Bestehens im Landkreis Dahme-Spreewald (Kleinkreditprogramm für Existenzgründer), Vorl.Nr. 2014/115

Herr Loge informiert, dass die Vorlage im Ausschuss für Finanzen, öffentliche Ordnung und Sicherheit am 27.11.2014 vorberaten wurde. Es gab eine einstimmige Zustimmungsempfehlung.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus habe sich ebenfalls dafür ausgesprochen, das Kleinkreditprogramm für Existenzgründer weiterzuführen.

Für **Herrn Dr. Kuttner** ist beim Kleinkreditprogramm entscheidend, dass Existenzgründern flexibel geholfen werden kann, zumal die Banken nur ungern kleine Kredite ausreichen. Außerdem sei es von Vorteil, dass keine Sicherheiten hinterlegt werden müssen.

Die Ausfallzahlen für den Landkreis liegen über die Jahre auch weit unter denen, die ursprünglich bei der Auflage des Programms einmal geplant waren.

In der Öffentlichkeit sollte aber etwas mehr Reklame für das Kleinkreditprogramm gemacht werden, denn die Inanspruchnahme war 2014 mit 1 Kredit nicht sonderlich hoch. Die Verwaltung oder der Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft seien sicherlich bereit, der Presse ein diesbezügliches Interview zu geben.

Sollte die kleinteilige Wirtschaft trotz aller Bemühungen das Programm auch weiterhin nur mäßig annehmen, könnte Ende 2016 über eine eventuelle Aufhebung nachgedacht werden.

Die Fraktion CDU/Bauern stimmt der Vorlage zu.

Herr Ludwig begrüßt namens der Fraktion DIE LINKE. die Vorlage. Die ursprünglich einmal erhofften Fallzahlen haben sich zwar nicht eingestellt, aber das Risiko, das in der Vergangenheit eingegangen wurde, war vertretbar. Insofern sollte das Programm auch weitergeführt werden.

Ende 2016 könnte zwar noch einmal über das Programm nachgedacht werden, aber mit dem Ziel, es zu evaluieren und nicht aufzuheben. Die Evaluierung sollte ergebnisoffen sein. Einer Aufhebung stimme die Fraktion DIE LINKE. nicht zu.

Herr Kolan geht seitens der Fraktion SPD/Grüne davon aus, dass die geringe Inanspruchnahme 2014 der Tatsache geschuldet war, dass es ein bestimmtes Existenzgründer-

programm bei der Bundesagentur für Arbeit nicht mehr gab. Dieses wurde immer gemeinsam mit dem Kleinkreditprogramm des Landkreises in Anspruch genommen.

Die Fraktion SPD/Grüne stimmt der Vorlage ebenfalls zu.

Herr Selbitz dankt seinen Vorrednern für die Zustimmung. 2006 war es eines der ersten Projekte der Unabhängigen Bürgerliste, die im Kreistag aufgeworfen wurden. Bisher konnte 45 Unternehmen geholfen werden.

Dass das Programm mittlerweile fraktionsübergreifend so positiv gesehen wird, bestätige die Arbeit der Fraktion von damals.

**Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -**

TOP 2.6 Satzung über die Erhebung von Gebühren für Leistungen im Rettungsdienst des Landkreises Dahme-Spreewald , Vorl.Nr. 2014/110

Landrat Loge informiert, dass der Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit am 27.11.2014 eine einstimmige Zustimmungsempfehlung gegeben hat.

Herr Dr. Kuttner bedankt sich bei der Leiterin des Ordnungsamtes, dass die Leistungen für den Rettungsdienst 2014 und 2015 im Landkreis gegenübergestellt wurden. Es sei eindrucksvoll, wie viel Geld der Rettungsdienst unterdessen kostet, zeuge aber auch vom hohen Stand der sozialen Leistungen im Land.

Herr Kolan bezieht sich auf die Steigerung der Kosten um 790.085 Euro von 2014 zu 2015 und möchte wissen, ob es hier einmal eine Deckelung gibt.

Herr Starke erwidert, dass im Vertrag mit den Leistungserbringern geregelt sei, welche Kosten während der Vertragslaufzeit akzeptiert werden. Die Kosten werden jedes Mal verhandelt und nicht einseitig diktiert.

**Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -**

TOP 2.7 Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung hier: Teilhaushalt 13 -Hilfen zur Erziehung-, Vorl.Nr. 2014/112

Landrat Loge informiert, dass der Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit am 27.11.2014 mehrheitlich (1 Enthaltung) eine Zustimmungsempfehlung gegeben hat.

Herrn Treder-Schmidt erschließt sich das Argument, dass sich die Erhöhung mit dem jeweiligen Alter des Kindes begründet, welches bei Pflegeeltern betreut wird, im Abschnitt „36330-07 Vollzeitpflege“ nicht so ganz. Das Alter eines Kindes sei planerisch vorhersehbar.

Herr Schulze antwortet, dass es einen Zuwachs bei älteren Kindern gibt, die neu in Pflegefamilien aufgenommen werden. Es gehe nicht ausschließlich um Kinder, die logischerweise älter werden.

Herr Selbitz bezieht sich auf den Prüfvermerk des Rechnungsprüfungsamtes, wonach eine Zustimmung nur unter Vorbehalt erteilt wird, weil die finanzielle Deckung derzeit nicht vorhanden ist, und möchte wissen, ob inzwischen eine Klärung erfolgte.

Frau Schrag erwidert, dass der Vorbehalt geklärt werden konnte, die Deckung sei gesichert.

Herr Kolan fragt zum Teilhaushalt 10, Gymnasien, in der Anlage 2 nach, ob es sich bei den 140.000 Euro um Schulkostenbeiträge handelt.

Herr Klein bestätigt, dass es sich hier um einen Mehrertrag aus Schulkostenbeiträgen handelt. Es konnten mehr Beiträge erhoben werden als in den Jahren vorher.

**Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -**

**TOP 2.8 Antrag zur teilweisen Übernahme der Fahrtkosten zur Oberschule Goyatz
für Schüler aus dem Nachbarlandkreis
(Antrag der Fraktion SPD/Grüne), Vorl.Nr. 2014/119**

Landrat Loge teilt mit, dass der Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur eine einstimmige Zustimmungsempfehlung gegeben hat.

Herr Kolan erinnert, dass es das Amt Lieberose/Oberspreewald ablehnt, die Hälfte der Kosten für den Schülertransport von fünf Schülern aus dem Nachbarlandkreis LOS zur Oberschule nach Goyatz zu übernehmen. Es würde jedoch die Zustimmung des Amtsausschusses finden, wenn nicht nur für die betroffenen Schüler, sondern auch für alle anderen Bürger eine reguläre Buslinie eingerichtet werden könnte. Das müsse geprüft werden. Deshalb werde der Beschlusstext für den Kreistag noch einmal überarbeitet. Die Vorlage sollte aber heute ohne Empfehlung weitergeleitet werden.

Herr Schulze fügt hinzu, dass der Amtsdirektor schon in der Sitzung des Fachausschusses wenige Chancen gesehen hatte, im Amtsausschuss eine Zustimmung für die hälftige Kostenübernahme zu bekommen. Nach intensiver Diskussion schließe sich auch die Fraktion CDU/Bauern der Anregung des Amtsdirektors an, zu prüfen, ob eine Buslinie eingerichtet werden kann.

Herr Kleinwächter hatte im Ausschuss angeregt, dass das Amt, das den ÖPNV-Plan erstellt, von Herrn Saß eine detaillierte Liste des gesamten Schülerspezialverkehrs bekommen soll. Die Mitglieder des Fachausschusses, in dem der Entwurf des ÖPNV-Planes dann zu diskutieren sein wird, sollten sich die neuralgischen Punkte anschauen. Jedes einzelne Problem werde der Ausschuss aber wahrscheinlich nicht lösen können.

Landrat Loge weist darauf hin, dass Schülerspezialverkehr und ÖPNV zwei verschiedene Dinge sind. Wenn sich irgendwo Schülerspezialverkehre bündeln, so dass sich eine Buslinie rentiert, wäre das bestimmt schon aufgefallen.

Herr Saß hatte den Auftrag im Ausschuss so verstanden, bei der Erstellung der ÖPNV-Planung hausintern die Bedarfe abzustimmen, die derzeit über den Schülerspezialverkehr abgedeckt werden – mit dem Hintergrund, ob es Möglichkeiten gibt, mehr Buslinien einzurichten, um Schülerspezialverkehr (kostenträchtig) zu vermeiden. Der Entwurf der ÖPNV-Planung sollte dann ggf. im Ausschuss vorgestellt werden.

Landrat Loge merkt an, dass der zuständige Dezernent signalisiert habe, dass die Vorstellung des Entwurfes des ÖPNV-Plans vielleicht schon in den nächsten Fachausschusssitzungen möglich wäre, spätestens jedoch im Frühjahr.

Herr Kolan weist darauf hin, dass der Schülerspezialverkehr eigentlich regelt, dass Schüler des Landkreises Dahme-Spreewald in andere Landkreise gefahren werden. Also gehe es jetzt hier um einen speziellen Schülerspezialverkehr, der Schüler aus einem anderen Landkreis zu einer Schule des Landkreises Dahme-Spreewald bringt. Und das werde vom Landkreis Dahme-Spreewald bezahlt.

Herr Saß erwidert, dass Schülerspezialverkehr jeder Schülertransport außerhalb von Linien ist. Das habe mit Kreisgrenzen erst einmal gar nichts zu tun.

Landrat Loge ergänzt, dass der Landrat des Landkreises Oder-Spree, Herr Zalenga, in einem Gespräch erklärte, dass es die Schülerbeförderungssatzung seines Landkreises bei dieser Schulform nicht zulasse, nach Goyatz zu transportieren. Es werde auf Beeskow orientiert.

Herr Ludwig kündigt an, dass die Fraktion DIE LINKE. beabsichtigt, im Kreistag anzuregen, in den Fachausschusssitzungen auch andere besondere Fälle, die möglicherweise bisher nicht bedient werden oder sich in Zukunft noch entwickeln könnten, mit zu betrachten.

Vor dem Hintergrund der Erklärung von Herrn Zalenga wäre es vielleicht auch wünschenswert, eine entsprechende Vereinbarung zwischen den Landkreisen LDS und LOS abzuschließen. Dazu habe die Fraktion DIE LINKE. schon mit der Fraktion DIE LINKE des dortigen Kreistages Kontakt aufgenommen, die auch etwas überrascht war.

Im Übrigen drohe für die Vertaktung im Land Brandenburg im Augenblick die größte Gefahr durch die Nichtentscheidung über die Veränderung der Regionalisierungsmittel des Bundes. Deswegen sollen heute noch einmal alle sensibilisiert werden, sich vielleicht mit ihren Bundestagsabgeordneten ins Benehmen zu setzen. Das, was der Haushaltsausschuss des Bundestages bisher geleistet habe, löse das Problem nicht.

Landrat Loge stellt abschließend fest, dass zum Kreistag ein überarbeiteter Antrag übergeben wird. Insofern werde die Vorlage heute ohne Empfehlung weitergeleitet. Die Abgeordneten stimmen dieser Verfahrensweise bei 1 Gegenstimme zu.

TOP 2.9 Absicherung der Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern und Flüchtlingen, Vorl.Nr. 2014/120

Landrat Loge teilt mit, dass im Zuge der Präzisierung der Vorlage aktuelle Fallzahlen errechnet wurden. Insofern sei eigenständig folgende Änderung vorzunehmen:
Seite 9, Punkt 3, dritter Absatz: „... Aktuell sind im Landkreis **675** Personen im Leistungsbezug, was nach dem genannten Schlüssel schon **5,6** VZE für diesen Bereich bedeuten würde ...“

Herr Kolan beantragt namens der Fraktion SPD/Grüne, den Beschlussentwurf um einen 7. Punkt zu ergänzen, denn die Investitionspauschale dürfte nicht auskömmlich gestaltet sein. Der Text könnte wie folgt lauten: „Der Landrat wird beauftragt, sich beim Land Brandenburg für die Aufstockung der Investitionspauschale einzusetzen.“

Herr Kleinwächter bedauert, dass die Beschlussvorlage im letzten Ausschuss für Bauen und Umwelt noch nicht vorlag. Sie vermische bauliche mit sozialen Dingen. Mit den sozialen Aspekten könne die AfD-Fraktion mitgehen, bei den baulichen Dingen gebe es jedoch Bedenken.

Im Ausschuss für Bauen und Umwelt wurde dargestellt, dass die Sanierung in Waßmannsdorf ca. 35.000 Euro pro Platz kosten wird. Auf die Frage, ob eine Nachnutzung angedacht sei oder inwieweit dies nachhaltig sei, hieß es dann, ein Nachnutzungskonzept gebe es noch nicht. Das werde man dann sehen.

Für die AfD-Fraktion ist es ein großes Anliegen, die Flüchtlinge, die aufgenommen werden, ordentlich zu versorgen und unterzubringen. Insofern habe sich die Frage gestellt, ob auf Gemeinschaftsunterkünfte fokussiert werden sollte oder der Bau von Wohnungen günstiger wäre – nicht nur aus finanzieller, sondern auch aus humanitärer Sicht. Flüchtlingsverbände kritisieren die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften ja stark. Dazu wurde die Beschlussvorlage 2014/125 in den Kreistag eingebracht. Es werde beantragt, diese vor der Beschlussvorlage 2014/120 zu behandeln.

Auf entsprechende Nachfrage von **Landrat Loge** bestätigt **Herr Kleinwächter**, dass die AfD-Fraktion die pauschalen Forderungen in den Beschlusspunkten 1 und 2 der Vorlage 2014/120 nicht mittragen kann.

Herr Treder-Schmidt hält die Erläuterungen in der Vorlage für faktenreich und gut argumentiert. Das helfe, die Problematik viel komplexer zu verstehen als vorher. Er persönlich habe Antworten auf viele Einzelfragen gefunden.

Im Einzelnen gebe es sicher noch einige Stellen, zu denen Diskussionen zu führen sein werden. So habe er mit Betrübniß festgestellt und gestern auf einer Veranstaltung in Luckau auch gehört, dass es im Bereich Integration tatsächlich schwierig werde, Lehrer zu finden. Hier werde der Landkreis vermutlich unterstützend tätig werden müssen, wenn das Integrationsziel für alle, die den Aufnahmezustand bekommen, erreicht werden soll.

Weiterhin beschäftige ihn die Frage der Qualitätssicherung. Soll die Gemeinschaftsunterkunft an einen Betreiber vergeben werden, werde es vermutlich nicht reichen, nur in den Ausschreibungen auf Qualität zu setzen, sondern es werde auch regelmäßig nachgeschaut werden müssen. Die Verwaltung sollte sich diesbezüglich noch Gedanken machen.

Hinsichtlich der Anträge der AfD-Fraktion habe ihn die Deckelung der Kosten zur Unterbringung von Asylbewerbern irritiert. Er habe die Verwaltungsvorlage so verstanden, dass mit den vielen ankommenden Flüchtlingen und Asylsuchenden in Etappen gearbeitet werden muss.

Der Landkreis komme um die Heime nicht herum, weil sich einerseits nicht so viele Wohnungen finden, andererseits sich die Leute erst etablieren und ihren Platz finden müssen. Da sei die Sammelunterkunft tatsächlich erst einmal das Geeignete, bis sie alles geklärt haben. Dann allerdings – so habe er die Verwaltung verstanden – sollen verstärkt Wohnungen gesucht werden. Aber die erste Stufe müsse das Heim sein.

Es sei denn, es werde so vorgegangen und behauptet, wie die AfD-Fraktion das jetzt tue, dass die Leute unberechtigt hier sind. Deswegen werde gedeckelt und der Rest der Leute weggeschickt. Das sei aber nicht seine persönliche Position und auch nicht die Position der Fraktion SPD/Grüne.

Herr Schulze begrüßt seitens der Fraktion CDU/Bauern die Vorlage, weil sie wichtige Weichen für die Zukunft stellt.

Besonders begrüßt werde, dass sich der Landkreis Dahme-Spreewald wieder einmal als Vorreiter bemüht. Das Land schreibe z. B. 1 Sozialarbeiter auf 140 Asylbewerber vor und der LDS beabsichtige, für 120 Asylbewerber 1 Sozialarbeiter zu stellen. Das sei ein wichtiges Zeichen in Richtung Land.

Die Fraktion CDU/Bauern unterstützt den Antrag der Fraktion SPD/Grüne, die Investitionspauschale aufzustocken. Das Land sei schon in der Pflicht, die Kommunen und Landkreise zu unterstützen.

Herr Kolan möchte wissen, ob er es richtig verstanden habe, dass mit der Beschlussvorlage 8,6 Stellen mehr beschlossen werden.

Bei der Förderschule Luckau seien 2,7 Mio. Euro zu erwarten. Er habe nicht ersehen können, in welcher Höhe dort Erstattungen zu erwarten sind.

Landrat Loge erwidert, dass 2.300 Euro pro Platz erstattet werden. Es bestehe aber eine wesentliche Differenz zwischen den Aufwendungen und den individuellen Problemen des Objektes. Selbst der Idealfall bringe eine Differenz zu den 2.300 Euro pro Platz. Das sei eine maßgebliche Kritik der Kommunalpolitik gegenüber der Landesregierung.

Der öffentlichen Berichterstattung habe er zwar Andeutungen entnommen, dass sich diesbezüglich ein weiteres Finanzpaket im Landtag schnürt und dass es für soziale Einrichtungen

seitens des Bundes mittelfristig Unterstützung geben könnte, aber konkrete Informationen dazu liegen gegenwärtig nicht vor.

Herr Dr. Kuttner ist stutzig geworden, dass ein Fraktionskollege von Herrn Kleinwächter auf Facebook freudig postete, vor wenigen Tagen in Dresden demonstriert zu haben. Das rücke manches in eine Richtung, die die AfD-Fraktion vielleicht noch einmal überdenken sollte.

Überdies werde es bei einem Heim wie in Waßmannsdorf, das dem Denkmalschutz zugeordnet wurde, die Sanierung natürlich etwas teurer: Insofern sei die Zahl 35.000 Euro pro Platz nicht so ohne Weiteres mit anderem vergleichbar. Vielleicht hätte die AfD-Fraktion auch vorher die entsprechende Sachkunde über eine Nachnutzung der Gemeinschaftsunterkünfte einholen sollen. Er wäre heilfroh, wenn nur wenige Leute flüchten müssen, so dass über eine Nachnutzung der Heime nachgedacht werden kann, wenn sie schon auf Vordermann gebracht werden. Aber bei all dem, was jeden Tag in den Medien zu lesen und zu hören sei, müsse davon ausgegangen werden, dass noch vielen Flüchtlingen einige Jahre Asyl gewährt werden muss.

Seinem Wissen nach dürfen die Asylbewerber auch nicht sofort in Wohnungen, wenn sie die Erstaufnahme durchlaufen haben, sondern sie bleiben vorerst zur besseren Betreuung, dem Erlernen der deutschen Sprache oder dem Eingewöhnen der Kinder in Schule und Kindergarten gesammelt in der Gemeinschaftsunterkunft.

Die neuen Anträge der AfD-Fraktion liegen ihm auch noch nicht vor. Deshalb enthalte er sich vorerst der Stimme. Aber die ersten Aussagen, die er dazu gehört habe, bringen ihn bisher nicht dazu, anders darüber zu denken. Also hier sollte die AfD vielleicht einmal überlegen, dass das Ganze zwar sehr geschickt und elegant formuliert sei, aber in eine Richtung tendiere, die für ihn relativ weit rechts und damit wenig akzeptabel sei.

Landrat Loge merkt an, dass sich ein Wohnungsbau in kreislicher Zuständigkeit sicherlich organisieren lässt. Dazu müsste eine Wohnungsbaugesellschaft gegründet oder eine andere Rechtsform etabliert werden. Das wäre aber ein längerer Prozess. Es bestehe jedoch ein sofortiger Handlungsbedarf, zumal für das kommende Jahr weitere 500 Aufzunehmende plus X avisiert wurden.

Herr Kleinwächter kann das Handeln seines Fraktionskollegen nicht kommentieren, weil er darüber nicht ausführlich informiert ist. Er habe aber das freie Demonstrationsrecht und auch das freie Recht zur Meinungsäußerung.

Wohnungen sind über 70 bis 100 Jahre abzuschreiben; je nach Wohnqualität. Sicherlich gebe es auch Renovierungen, Verwaltungskosten und ähnliches. Er glaube allerdings, dass ein Gemeinschaftsunterkunftplatz mit deutlich weniger Jahren abzuschreiben wäre.

Herr Treder-Schmidt hat auch zwei Anträge der AfD vermischt, die relativ wenig miteinander zu tun haben (Vorl.Nr. 2014/124 und Vorl.Nr. 2014/125). Bei der Vorlage 2014/125 gehe es darum, dass die Verwaltung eine Günstigerprüfung durchführen soll, ob nicht ein Wohnungsbau langfristig tatsächlich besser wäre als die Schaffung von Gemeinschaftsunterkunftsplätzen, über die sich – wie bereits erwähnt – Flüchtlingsverbände auch oft beklagen.

Bei der Vorlage 2014/124 werde eine Umtitelung verlangt. Der Originaltitel war „Antrag zum Haushalt 2015 und 2016“. Im Betreff der Vorlage wurde jedoch geschrieben „Begrenzung der Mittel für die Unterbringung von Asylbewerbern“. Das sei falsch. Es gehe vielmehr um einen Planungsrahmen für die Mittel zur Unterbringung von Asylbewerbern. Das sollte auch so nach außen kommuniziert werden.

Wer den Antrag liest, werde feststellen, dass darin gefordert werde, langfristig die Ausgaben für die Produkte, die sich auf die Unterbringung von Asylbewerbern beziehen, auf 1,5 % der Gesamteinnahmen des Kreishaushalts zu beschränken. Hier gehe es nicht um irgendeine Begrenzung des aktuellen Standes (aktuell 0,7 bis 0,9 %), aber es soll vorgegriffen werden,

tatsächlich finanziell und humanitär akzeptable Lösungen zu finden, wenn die Flüchtlingszuweisungen weiterhin ansteigen. Das könne durchaus durch eine Erhöhung der Investitionszuschüsse erfolgen, was ja auch wieder die Einnahmen des Kreises entsprechend erhöhen würde.

Der Landkreis sollte sich jedoch aus haushaltsplanerischer Perspektive vornehmen, diese 1,5 % nicht zu überschreiten. Die AfD-Fraktion möchte nicht, dass bei anderen wichtigen Dingen wie Kinderbetreuung, Schulausstattung usw. gespart werden muss, um noch die Unterbringung von Asylbewerbern, die tatsächlich oft gar kein Asylrecht genießen können, sicherzustellen.

Landrat Loge weist darauf hin, dass die Tagesordnung für den Kreistag bereits versandt wurde. Herr Kleinwächter werde gebeten, den Wunsch nach Umtitelung der Vorlage 2014/124 im Kreistag noch einmal vorzutragen.

Überdies stehe der Landkreis mit den Städten, Ämtern und Gemeinden hinsichtlich der Bereitstellung von Wohnungen und einer Dynamisierung des Wohnungsbaugeschehens im Kontakt. Alle Abgeordneten, die auch in gemeindlichen Gremien tätig sind, werden hier um Unterstützung gebeten. Es stimme schon sehr nachdenklich, wenn - wie z. B. in Lübben - viele Wohnungseinheiten mit Fördermitteln des Landes und Bundes abgerissen werden sollen.

Herr Ludwig betont, dass die Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in keinerlei Relation zu den übrigen Kosten im Haushalt stehen. Sie haben etwas damit zu tun, dass mehr Menschen nach Deutschland kommen, die auch einen Grund dafür haben. Und für die Frage, wie mit Flüchtlingen umzugehen sei, gebe es Rechtsvorschriften. Diese seien zum Teil internationales Recht, mit denen den Auswirkungen von internationalen Konflikten begegnet werde. Deswegen werde die AfD-Fraktion gebeten, bis zum Kreistag zu überdenken, ob sie diesen Zusammenhang erneut herstellen wolle, der nicht existiert – zwischen den Kosten im Bildungsbereich und der Kita-Betreuung und den Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen. Ansonsten werde es im Kreistag wieder eine deutliche Auseinandersetzung geben.

Weiterhin gehen die Schätzungen des Anstiegs der Schutzsuchenden in Brandenburg im Augenblick von 25 % bis 50 % für das nächste und auch für das übernächste Kalenderjahr aus. Hier irgendetwas begrenzen zu wollen, sei einfach sachfremd. Und da gehe es eben auch um Zeit. Werde der Weg gegangen, Wohnungen zu bauen, werden diese erst dann fertig sein, wenn die Schutzsuchenden schon zwei Jahre hier sind. Das sei im Augenblick nicht die Herausforderung. Auch das Land erweitere drastisch seine Erstaufnahmekapazität, um den Landkreisen Zeit einzuräumen, Gemeinschaftsunterkünfte oder Einzelwohnungen überhaupt zu finden.

Die Landesregierung befindet sich im Augenblick in der Meinungsfindung zu den 500 Mio. Euro, die der Bund den Kommunen im kommenden Jahr zusätzlich zur Verfügung stellen will. Es könne noch nicht gesagt werden, welche Mittel das Land Brandenburg erhält und wie diese an die Landkreise weitergereicht werden. Fest stehe nur, dass es sehr schnell gehen muss.

Das alles werde in der kommenden Woche Mittwoch im Landtag diskutiert und vielleicht können die Mitglieder des Landtages für den Kreistag dann neue Informationen mitbringen, die die AfD vielleicht auch noch einmal überdenken lassen, die Flagge so zu hissen, wie sie es heute wieder getan habe.

Landrat Loge bittet in dem Zusammenhang, fraktionsübergreifend über das Land in Richtung Bund noch einmal mit Nachdruck zu verdeutlichen, welches die Vor-Ort-Probleme sind. In den Informationsveranstaltungen, die gegenwärtig stattfinden, werden von den Bürgern Fragen gestellt. Da werden konkrete Antworten erwartet und es reiche nicht, von zu erwartenden 500 Mio. Euro für ganz Deutschland zu sprechen.

Überdies stehe in der Vorlage, dass Immobilien untersucht werden. Das bedeute nicht, dass schon entschieden ist. Manches sei noch offen. Wenn sich aber andeutet, welcher Standort intensiver untersucht werden könnte, gehe die Verwaltung auf die Kommunen zu.

Herr Selbitz bezieht sich auf die Anmerkung von Herrn Kolan zum Gesamtbedarf von 8,6 VZE Stellenmehrbedarf, und möchte wissen, inwiefern sich die Verwaltung als Einbringer der Vorlage vorstellen könnte, in den Beschlusstext aus der Stellungnahme der Dezernentin einen Satz mit aufzunehmen, wonach dieser Stellenmehrbedarf durch Umwidmung von im Stellenplan 2015 enthaltenen Stellen realisiert wird.

Das wäre aus Sicht der Fraktion UBL/Wir für KW eine Kernaussage, die hier jedoch nur in der Anlage zur Vorlage getroffen wurde. Die Verwaltung sollte sich bis zum Kreistag dazu positionieren.

Landrat Loge sagt eine entsprechende Prüfung zu.

**Abstimmung über den Antrag der Fraktion SPD/Grüne:
- bei 1 Stimmenthaltung einstimmig bestätigt -**

Der Kreisausschuss stimmt der Aufnahme eines Punktes 7 „Der Landrat wird beauftragt, sich beim Land Brandenburg für die Erhöhung der Investitionspauschale einzusetzen.“ in den Beschlusstext zu.

Herr Selbitz bittet, über seinen Vorschlag ebenfalls abzustimmen und als Punkt 8 in den Beschlusstext aufzunehmen.

Landrat Loge hat nichts gegen die Aufnahme eines weiteren Punktes, weist aber darauf hin, dass es zur redaktionellen Gestaltung noch einer Abstimmung innerhalb der Verwaltung bedarf. Zum Kreistag werde dann eine Austauschseite mit den Änderungen übergeben.

Herr Selbitz erwidert, dass er die redaktionelle Gestaltung der Verwaltung überlässt.

Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage mit den Änderungen zuzustimmen: - bei 1 Gegenstimme mehrheitlich bestätigt -

TOP 2.10 Beschluss des geprüften Jahresabschlusses 2013 und Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2013, Vorl.Nr. 2014/109

Herr Kolan erklärt, dass die Fraktion SPD/Grüne erfreut festgestellt habe, dass keine „B“ (Beanstandungen) verteilt werden mussten. Es sei aber zu fragen, ob noch Einzelfallprüfungen durchgeführt werden.

Weiterhin habe die Fraktion beruhigt festgestellt, dass die Rücklage zum 01.01.2013 36 Mio. Euro betragen hat. Es wurde ja schon einmal ein etwas anderes Szenario avisiert.

Hinsichtlich der Auswertung der aquamediale gibt es einen 48-seitigen Bericht mit 50 Beanstandungen. Um Übergabe dieses Berichtes werde gebeten. Der Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit werde vermutlich ebenfalls daran interessiert sein, diesen einmal zu lesen. Zum Beispiel stehe dort, dass der Eigenanteil von geplant 15.000 Euro auf 79.000 Euro gestiegen ist.

Weiter stehe geschrieben *„Die Beanstandungen bezogen sich im Wesentlichen auf Mängel bei der Gestaltung von Verträgen und der Prüfung eingereicherter Belege und Abrechnungen. Darüber hinaus war die nicht nachvollziehbare Aufgaben- und Kompetenzverteilung zwischen LDS und Förderverein aquamediale zu bemängeln. Es wird empfohlen, die Kooperationsvereinbarung um eine Ermächtigung zur Prüfung der ordnungsgemäßen Mittelverwendung durch den LDS zu erweitern.“*

Bedeute das, dass in Zukunft beim Förderverein der aquamediale über das Rechnungsprüfungsamt in die Buchführung geschaut werden kann? Bisher ging das ja offensichtlich nicht.

Herr Saß geht davon aus, dass das Prüfrecht zukünftig in den Förderverein hineingreift. Die Verwaltung beabsichtige auch, den aquamediale-Bericht dem Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur und vielleicht auch dem Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit vorzulegen, um eine nochmalige Bewertung vorzunehmen. Es sei ja der Bericht für die aquamediale 2013 – seinerzeit das erste Jahr in Kooperation mit dem damals gegründeten Förderverein.

Frau Schragger hat nichts gegen diese Verfahrensweise. Gegebenenfalls müssten aber die Namen anonymisiert werden.

Selbstverständlich finden im Rechnungsprüfungsamt auch noch Einzelfallprüfungen statt. Zum Beispiel gehen sämtliche Rechnungen ab einer bestimmten Wertgrenze im Rahmen der Einzelfallprüfung über den Tisch des Rechnungsprüfungsamtes. Alles, was über 25.000 Euro liegt, und die Vergaben werden intensiv angeschaut. Das könnte bei Bedarf einmal in einem gesonderten Jahresbericht dargestellt werden – unabhängig vom Jahresabschluss.

Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -

TOP 2.11 Jugendförderplan des Landkreises Dahme-Spreewald für die Jahre 2015/2016, Vorl.Nr. 2014/114

Landrat Loge informiert, dass es im Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit eine einstimmige Zustimmungsempfehlung gegeben hat.

Herr Schulze erklärt, dass die auf Seite 5 erkennbare Personalkostenreduzierung für das Jahr 2015 daraus resultiert, dass es ab 2015 die Sozialarbeiter nicht mehr gibt, die aus dem Bildungs- und Teilhabepaket bezahlt wurden.

Das könnte sich aber vielleicht schon im Laufe des Jahres 2015 ändern, da seitens des Landes signalisiert wurde, die 510 Stellen Jugendhilfe/Jugendsozialarbeit um 100 Stellen aufzustocken. Das habe Auswirkungen auf den Doppelhaushalt und bedeute eine Haushaltsänderung für das Jahr 2015 und das Jahr 2016.

Außerdem werde gebeten, in Zukunft die Beratungsfolge zu ändern. In der vorletzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses wurde der Haushaltsentwurf behandelt, der Jugendförderplan aber erst in der letzten Sitzung.

Ansonsten habe der Jugendhilfeausschuss mit den Hinweisen zur Stellenproblematik den Jugendförderplan empfohlen. Allerdings wurde noch einmal darauf hingewiesen, dass zum jetzigen Zeitpunkt die Jugendhilfeplanung überarbeitet wird und im nächsten Jahr nach der Sommerpause die neue Jugendhilfeplanung ab dem Jahr 2016 beschlossen werden soll. Das beinhalte dann gleichzeitig eine Anpassung der entsprechenden Förderrichtlinien, die es im Bereich der Jugendhilfe gibt, so dass möglicherweise auch in diesem Teilbereich des Haushalts Änderungen anstehen.

Herr Starke stellt klar, dass der Jugendhilfeausschuss im Rahmen der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel beschließt. Nicht anders herum.

Herr Schulze bestätigt, dass der Jugendhilfeausschuss nur im Rahmen der bereitgestellten Mittel entscheiden kann. Wenn aber ein entsprechender Entwurf des Jugendförderplanes vorliegt, könnten die Summen vielleicht den Mitgliedern des Kreistages dahingehend mitgegeben werden, über eine Änderung in entsprechenden Haushaltspositionen nachzudenken.

Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -

**TOP 2.12 Haushaltssatzung des Landkreises Dahme-Spreewald für die Haushaltsjahre 2015 und 2016
hier: Überarbeitung des Entwurfs, Vorl.Nr. 2014/102-1**

Landrat Loge teilt mit, dass im Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit am 27.11.2014 eine mehrheitliche Zustimmungsempfehlung gegeben wurde (1 Gegenstimme, 1 Enthaltung).

Herr Kolan erklärt, dass die Fraktion SPD/Grüne der Haushaltssatzung zustimmen wird. Ein Dank gelte der Verwaltung für die aufschlussreiche Darstellung des Unterschieds zwischen 39,5 % und 43,5 % Kreisumlage.

Hinsichtlich der Forderung der Fraktion CDU/Bauern zur Neuausschreibung des Schulessens werde angeregt, dass sich die Verwaltung gemeinsam mit dem Städte- und Gemeindebund um eine Ausschreibung bemüht, um zu einheitlichen Essenspreisen zu gelangen. Es sei z. B. nicht nachvollziehbar, dass Schüler der Stadt Lübben in der Grundschule bei demselben Catering-Unternehmen für ein Essen einen anderen Preis bezahlen als im Gymnasium.

Herr Dr. Kuttner betont, dass es der Fraktion CDU/Bauern Wert auf ein qualitativ hochwertiges Schulessen legt. Dass das leider nicht mehr zu den Preisen früherer Jahre geht, wissen alle. Es müsse aber eine Ausschreibung sein, die ein vernünftiges Preis-Leistungs-Verhältnis bringt. Die Fraktion habe die Verwaltung auch aufgefordert, Vorstellungen zu erarbeiten, ob im Rahmen der Neuausschreibung des Schulessens eine Anpassung der finanziellen Selbstbeteiligung der Eltern vorgenommen werden müsste.

Die Haushaltssatzung und die Antwort der Verwaltung auf die Stellungnahme der Fraktion CDU/Bauern sollen erst in der Fraktionssitzung am kommenden Montag ausführlich diskutiert werden. Die Fraktion werde sich dann im Kreistag endgültig positionieren. Deshalb werde er sich heute bei der Abstimmung enthalten.

Herr Ludwig erklärt, dass sich auch die Fraktion DIE LINKE. erst im Kreistag endgültig positionieren wird. Grundsätzliche Einwendungen gegen den vorliegenden aktualisierten Entwurf der Haushaltssatzung gebe es jedoch nicht.

Herr Saß erläutert, dass 2008 Grundansatz der Essenspreise in den Schulen in kreislicher Trägerschaft war, nach Qualitätsstandards auszuschreiben – in dem Wissen, dass es dadurch etwas teurer wird. Das wurde durch eine Subventionierung abgefangen.

Eine gemeinsame Ausschreibung mit den Kommunen werde als Gedankengang für eine neue Ausschreibung aufgenommen. Damit werden aber die Probleme in Lübben nicht gelöst. Denn solange der Landkreis an seinen Schulen Essengeld subventioniert - seit 2008 höchstens 1,80 Euro - und der kommunale Träger nicht subventioniert, könne den Eltern am Gymnasium und der Förderschule das Ausschreibungsergebnis egal sein; den Eltern an der Grundschule und der Oberschule allerdings nicht.

Der Landkreis geht davon aus, dass sich in einer neuen Ausschreibung eine Preisanpassung widerspiegeln wird. Dann sei es durchaus gerechtfertigt, über die 1,80 Euro neu zu diskutieren; insbesondere auch vor der Frage der Haushaltssicherung. Es sollte schon geschaut werden, dass der Zuschuss des Landkreises nicht immer weiter nach oben geht.

Herr Kleinwächter sieht seitens der AfD-Fraktion eine gemeinsame Ausschreibung und die Bindung von Catering-Unternehmen, die das Essen oft stundenlang warmhalten, auch aus Qualitätsgründen äußerst kritisch. Es werde angeregt, eine regionale Versorgung zu prüfen.

Die Fraktion sehe auch noch einige andere Haushaltspositionen kritisch, u. a. die Bahnquerung in Eichwalde oder die Weitergestaltung des Jugendhilfeplanes. Jetzt komme eventuell auch

noch eine zusätzliche Förderung des Schulessens auf den Landkreis zu. Der Gestaltungsspielraum im nächsten Jahr werde aber vermutlich sehr eingeschränkt sein. Deswegen sei die AfD-Fraktion auch gegen die Verabschiedung eines Doppelhaushaltes und werde sich bei der Abstimmung über diese Vorlage enthalten.

Herr Terno kann sich erinnern, dass gerade die Subventionierung des Landkreises dazu geführt hat, dass kein aufgewärmtes Essen durch die Gegend gefahren wird. Es bestand die Anforderung, das Essen zeitnah herzustellen. Diese Bedingungen konnten die großen Catering-Unternehmen nicht erfüllen.

Es werde vorgeschlagen, bei einer zukünftigen Ausschreibung einen Preis für ein Essen festzulegen, zu dem das Catering-Unternehmen dann ein Angebot unterbreiten kann.

Herr Selbitz erklärt, dass die Investitionen im nächsten Jahr in die Millionenhöhe gehen. Es sollte darauf geachtet werden, dass die Maßnahmen so wie im Haushaltsplan vorgesehen auch umgesetzt werden und die Kosten nicht explodieren bzw. die Personalstellen vielleicht eine Korrektur erforderlich machen.

Herr Dr. Deutschländer mahnt zur Fahrbibliothek an, in nächster Zeit eine Entscheidung zu treffen, ob der Landkreis den Bus, der bereits 22 Jahre alt ist, weiter betreiben möchte oder nicht.

**Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- bei 4 Stimmenthaltungen einstimmig bestätigt -**

TOP 3. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

Es liegen keine Dringlichkeitsvorlagen/-anträge vor.

TOP 4. Genehmigung von Dienstreisen

Genehmigung einer Dienstreise nach Lübbenau

Landrat Loge erklärt, dass Herr Dr. Kuttner am 17.09.2014 die Genehmigung einer Dienstreise am 11.09.2014 zur aquamediale-Finissage nach Lübbenau beantragt hat.

**Abstimmung: - einstimmig bestätigt -
Beschl.Nr. KA Dienstreise Dr. Kuttner am 11.09.2014**

Der Kreisausschuss genehmigt die Dienstreise von Herrn Dr. Kuttner am 11.09.2014 nach Lübbenau zur Finissage der aquamediale.

Genehmigung einer Dienstreise nach Berlin

Landrat Loge führt aus, dass Herr Dr. Kuttner heute die Genehmigung einer Dienstreise am 13.12.2014 zur offiziellen Verabschiedung des letzten Zuges des EC Wawel Cottbus - Breslau nach Berlin beantragt hat.

**Abstimmung: - einstimmig bestätigt -
Beschl.Nr. KA Dienstreise Dr. Kuttner am 13.12.2014**

Der Kreisausschuss genehmigt die Dienstreise von Herrn Dr. Kuttner am 13.12.2014 nach Berlin zur Verabschiedung des Zuges EC Wawel.

TOP 5. Informationsvorlagen

TOP 5.1 Teilhaushaltsübergreifende Mehraufwandsdeckungen innerhalb eines Budgets sowie budgetübergreifende über- und außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen, Vorl.Nr. 2014/111

Herr Kolan dankt der Verwaltung, dass auf Grund einer Nachfrage der Fraktion SPD/Grüne eine solch umfangreiche Informationsvorlage erarbeitet wurde.

Weiterer Redebedarf besteht nicht. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6. Informationen aus den Gesellschaften

TOP 6.1 Informationen aus den Gesellschaften, Verbänden und Vereinen des Landkreises Dahme-Spreewald, Vorl.Nr. 2014/123

Herr Treder-Schmidt erklärt, dass sich die Gesellschafterversammlung der Regionalen Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH (RVS) in zwei Sitzungen intensiv mit den Defiziten in der Bus-/Bahnanbindung im Süden des Landkreises und Verbesserungen des Fahrplans beschäftigt hat. Beim Fahrplanwechsel konnten schon deutliche Verbesserungen erzielt werden. Davon stehe aber in der Vorlage kein Wort. Stattdessen werde in einem Abschnitt informiert, dass es um die Thematik „Zahlung eines Sitzungsgeldes für gewählte Vertreter des Landkreises ...“ ging. Das war allerdings nur eine Minutensache.

Er persönlich finde die Arbeit der Gesellschafterversammlung in dieser Form nicht gut dargestellt. Es werde gebeten, die Inhalte besser abzubilden - insbesondere, da es um Bürgerbelange ging. Er möchte sich nicht von seinen Wählern fragen lassen, was er in der Gesellschafterversammlung eigentlich tue.

Hinsichtlich der Einführung der Bio-Tonne (Pkt. 10 Kommunaler Abfallentsorgungsverband Niederlausitz [KAEV]) sei ein Gutachten in der Regel keine Antwort auf die Anforderungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Er vermisse weiterhin eine klare Ansage, wie die Regelungen im ländlichen Raum jetzt gesetzeskonform aussehen werden.

Herr Klinkmüller erwidert, dass man sich natürlich an Gesetze halten muss. Wenn aber nachgewiesen wird, dass es Regionen gebe, in denen das Ziel des Gesetzes nicht erreicht werden kann, bestehe die Möglichkeit, die Bio-Tonne nicht einzuführen. Deswegen wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben. Dieses weise eine negative CO₂-Bilanz nach. Außerdem müsste statt der in der eigenen mechanisch-biologischen Entsorgungsanlage erzeugten Wärme Erdgas zur Erzeugung von Wärme eingesetzt werden.

Das Gutachten wurde in der letzten Verbandsversammlung vorgestellt. Bei Bedarf könnte das Thema auch noch einmal im zuständigen Fachausschuss diskutiert werden.

Herr Treder-Schmidt bittet, ihn nicht falsch zu verstehen. Er gehöre nicht zu denjenigen, die auf dem Lande die Bio-Tonne einführen wollen. Es gehe darum, wie er angesichts einer gegebenen Gesetzessituation den Bürgern antworten kann, die mit Besorgnissen an ihn herantreten. Dank der Ausführungen von Herrn Klinkmüller habe er jetzt aber eine Antwort erhalten. Außerdem habe er soeben von Herrn Dr. Deutschländer ein Papier vom KAEV bekommen, in dem Weiteres dazu ausgeführt werde.

Herr Starke weist die Kritik an der Berichterstattung zurück. Es sei eine Informationsvorlage für die Mitglieder des Kreis Ausschusses und keine Pressemitteilung.

Für die Wähler im Wahlkreis von Herrn Treder-Schmidt sei es vielleicht nicht so interessant, dass eine Versicherung abgeschlossen wurde, aber es sei schon von Bedeutung, über die Umsetzung von Aufträgen des Kreistages zu berichten, z. B. was die Berufsqualifikation der

Kraftfahrer der RVS anbelangt. Und auch die Problematik des Sitzungsgeldes sei ein Auftrag des Kreistages.

Im Rahmen des Nahverkehrsplans wurde in der Gesellschafterversammlung der RVS über viele Linien und Veränderung gesprochen – lange und intensiv über eine einzige Buslinie.

Landrat Loge merkt an, dass es von der letzten Gesellschafterversammlung sicherlich ein Protokoll gibt. Da könnte noch einmal genauer nachgelesen werden.

Herr Ludwig erklärt zum Thema Bio-Tonne, dass im Sinne der Abwägungsregelung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes der Landtag im Sommer dieses Jahres das geltende Landesrecht geändert hat. Er sei erfreut, dass mit dem Gutachten frühzeitig reagiert wurde, weil jetzt die landesrechtliche Vorgabe, dass aus nachgewiesenen Gründen abgewichen werden kann, schnell umgesetzt werden kann.

Weiterhin sei zum Klinikum Dahme-Spreewald zu fragen, ob es aktuelle Informationen gibt.

Erfreulich sei auch, welcher positiven Weg die beiden Kindererholungszentren im Norden des Landkreises genommen haben. Das sei eine stolze Bilanz, mit der sie zur Außenwirkung des Landkreises beitragen. Ein Dank gelte allen, die dazu beigetragen haben.

Die Berichterstattung im rbb über die Einweihung des Floriansdorfes habe den Landkreis z. B. auch wieder bekannter gemacht und positiv assoziiert.

Herr Starke erklärt zum Klinikum, dass keine neuen Informationen vorliegen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 7. Verschiedenes

Neujahrsempfang

Landrat Loge teilt mit, dass die Einladungen zum Neujahrsempfang in der vergangenen Woche versandt wurden.

Seniorenpolitische Leitlinien

Herr Selbitz möchte wissen, ob in der Mitgliederversammlung des Kreissenorenbeirates Ende November eine Aktualisierung der Seniorenpolitischen Leitlinien aus dem Jahr 2004 beschlossen wurde oder ob dies erst zu einem späteren Zeitpunkt getätigt werden soll.

Herr Dr. Kuttner, Mitglied des Vorstandes des Seniorenbeirates des Landkreises, erwidert, dass in der Mitgliederversammlung kein Beschluss in dem Sinne gefasst wurde, bis zu einem bestimmten Termin eine Überarbeitung vorzunehmen. Mit Frau Richard wurden einige Absprachen getroffen - auch zum Erbringen von Zuarbeiten.

Am 16. Dezember werde sich der Vorstand des Kreissenorenbeirates wieder treffen. Da werde er das Thema noch einmal ansprechen, um auch von dieser Seite unterstützend zu wirken.

Verkehrssituation in Gießmannsdorf

Herr Selbitz erklärt, dass mit der grundhaften Erneuerung der Kreisstraße nach Zieckau in Gießmannsdorf eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h verbunden war und ein Spiegel im Kreuzungsbereich angebracht wurde.

Die Fraktion UBL/Wir für KW wurde vom Ortsbeirat gebeten, den Landkreis aufzufordern, darüber nachzudenken, dies auch nach Ende der Maßnahme beizubehalten, da aus Sicht des Ortsbeirates und der Einwohner sehr positive Erfahrungen in den letzten Wochen gemacht wurden.

Landrat Loge geht davon aus, dass Herr Licht die Bitte aufgenommen hat. Dazu seien sicherlich auch Abstimmungen mit der Straßenverkehrsbehörde erforderlich.

Herr Treder-Schmidt mahnt in diesem Zusammenhang an, die Informationspolitik künftig zu verbessern. Als Einwohner von Caule versuchte er morgens, nach Zieckau zu fahren - gut, es wussten alle Zieckauer, die Straße ist zu. Dann versuchte er über Rüdingsdorf zu fahren und stellte fest, da wird gerade die Gasleitung gebaut. Dann versuchte er über Jetsch zu fahren und stellte irgendwann überraschend fest, die B 96 ist gesperrt. Und vorher merkte er noch, dass die Brücke nach Luckau plötzlich gesperrt ist.

In Zieckau seien sogar Lastwagen gestrandet, die auch davon überrascht wurden.

Nach Herstellung der Nichtöffentlichkeit wird die Sitzung des Kreisausschusses um 19:20 Uhr mit Tagesordnungspunkt 8 fortgesetzt.